

Soll die Japanologie anglophon werden?

„Japanstudien“ heißt eine Zeitschrift, die man künftig nur noch als „Contemporary Japan“ kennen wird. Proteste wurden schlicht abgebügelt.

Das 1988 gegründete Deutsche Institut für Japanstudien (DIJ) in Tokio, das der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Auslandsinstitute (DGIA) angehört, beging seinen zwanzigjährigen Geburtstag mit einer diesem Anlass zugeordneten Ankündigung, seine wissenschaftliche Zeitschrift „Japanstudien“ künftig auf Englisch als Publikationssprache umzustellen. Deutsche Beiträge würden allerdings auch weiterhin entgegengenommen – vielmehr: Sie seien „still accepted“ (F.A.Z. vom 2. September). Der vom DIJ als „face lift“ verkaufte Wechsel der Publikationssprache solle der größeren internationalen Sichtbarkeit dienen.

Die Ankündigung löste eine heftige Debatte in der Japanforschung aus, die auch international hohe Wellen schlug. Namhafte Vertreter der Japanologie bezweifelten den Sinn einer solchen Maßnahme, waren doch die Japanstudien von Anfang an zweisprachig und sind im Internet im Volltext zugänglich, wobei den deutschsprachigen Beiträgen englische Zusammenfassungen beigegeben werden. Die Japanstudien als neben den „Japonica Humboldtiana“ einzige ausschließlich Japan gewidmete wissenschaftliche Fachzeitschrift im deutschen Sprachraum darf und soll, wie das DIJ selbst, als Schaufenster der deutschsprachigen Japanforschung gelten. Mit einer Umstellung auf das Englische, so die Kritik, würde die deutsche Japanforschung symbolisch ihrer Stimme beraubt und der wissenschaftliche Nachwuchs eines wichtigen Publikationsforums.

Natürlich bezweifelte niemand die Notwendigkeit, auch auf Englisch zu veröffentlichen. Allen deutschen Japanologen erscheint es erstrebenswert, in angesehenen anglophonen Fachorganen präsent zu sein, wozu natürlich auch die Wissenschaftler im DIJ stets angehalten wurden. Dennoch sah man in der überraschenden Ankündigung des „face lifts“ eine Missachtung des Satzungsauftrags eines aus Steuergeldern finanzierten deutschen Auslandsinstituts, das der „Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen Deutschland und den Gastländern“ zu dienen habe. Dementsprechend müsse es zumindest um eine gleichrangige Behandlung des Japanischen und des Deutschen neben dem Englischen gehen. Auf der Mailing List zeigte bezeichnenderweise ein Japaner, der Sozialphilosoph Ken'ichi Mishima, mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Wissenschaftskultur tiefgreifende Konsequenzen dieses Schritts auf.

In einem offenen Brief wandten sich daher im Sommer die vier japanologischen Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats, der nicht in diese Entscheidung einbezogen worden war, an das DIJ mit der Aufforderung, diese noch einmal zu diskutieren. Weitere Appelle ergingen in Form eines offenen Briefes, den 137 Wissenschaftler aus aller Welt von New York, Cambridge und Montreal über Paris bis Seoul unterzeichneten, darunter mehrere frühere Präsidenten des größten internationalen Fachverbands, der European Association for Japanese Studies, sowie eine größere Anzahl japanischer Kollegen, unter ihnen der ehemalige Präsident des Internationalen Germanistenverbands IVG. Auch der japanische Germanistenverband und der Verband der Germanistikpädagogen reagierten am 20. August mit einer gemeinsamen Erklärung. Die Fachvertretung der deutschsprachigen Japanologie, die Gesellschaft für Japanforschung, veröffentlichte nach ausführlicher Diskussion auf ihrem 14. Japanologentag in Halle im Oktober eine Stellungnahme: Die angestrebte „Internationalisierung“ der Japanologie durch die Einigung auf Englisch als dominante Sprache impliziere eine Vereinseitigung der wissenschaftlichen Qualität in der Erforschung und Kommunikation mit und über Japan.

Die an das DIJ gerichteten Appelle verhallten im Raum, ohne dass eine Erklärung oder Stellungnahme des Direktors erfolgt wäre. Einzig auf die trotz des durchschaubaren Fachinteresses berechnete Stellungnahme der japanischen Germanistikverbände wurde zwei Monate später mit einem lapidaren Schreiben aus dem DIJ reagiert, in dem der Direktor Überraschung mimte. Er hätte nie damit gerechnet, dass die „bescheidene Arbeit“ des DIJ für den Präsidenten und seinen Fachverband von Interesse sein könnte. Für den Fall, dass dies trotzdem so sei, verweist er auf deutschsprachige Buchpublikationen und die Bibliothek des DIJ, die zum Besuch offenstünde.

Hier wird nun eine zweite Ebene des Problems sichtbar – die Frage des Stils. Die zynisch-herablassende Nichtantwort eines Direktors, der ansonsten den zivilen Umgang der Japaner lobt, in einer auch für den Westen nicht als zivil zu bezeichnenden gehässigen Süffizienz ist nur ein Beispiel für die fatale Ausstrahlung des DIJ in der japanischen, an Deutschland interessierten Öffentlichkeit. Schon im Frühjahr 2007 war ein japanisches Beiratsmitglied, Repräsentant der wichtigsten japanischen Wissenschaftsförder-Organisation, aus Protest gegen die Amtsführung des DIJ-Direktors von seinem Amt zurückgetreten, ein Schritt, der allerdings keine weiteren Konsequenzen hatte. Auf seinen Abschiedsbrief erhielt er lediglich von der Stiftung DGIA ein Wort des Bedauerns.

Am 12. November erfolgte ein weiterer Schlag, denn auf der Mailing-Liste wurde die Gründung einer neuen Fachzeitschrift in neuem Verlag angekündigt, die die Japanstudien ersetzen soll. Das DIJ will künftig unter dem Titel „Contemporary Japan“ ins Rennen um qualifizierte englischsprachige japanwissenschaftliche Beiträge gehen. Ein Schlag ins Gesicht der japanologischen Beiratsmitglieder, die in ihrem offenen Brief gefordert hatten, hinsichtlich der Sprachenregelung keine Tatsachen zu schaffen, solange diese Diskussion nicht geführt worden ist. Am selben Tag erschien ein Artikel des DIJ-Direktors Florian Coulmas in der „Neuen Zürcher Zeitung“, in dem er für den Erhalt der Sprachenvielfalt plädiert: „Die Verringerung der diesbezüglichen Möglichkeiten bedeutet eine Verarmung des Innovationspotentials.“

Der Zynismus eines Institutsdirektors, der sich um sprachliche Vielfalt sorgt und der zugleich andernorts den Siegeszug des Englischen für die wissenschaftliche Kommunikation feiert, stieß auch anderen auf. Nebenbei bemerkt, reitet Coulmas mit dieser Doppelstrategie auf einer oft ressentimentgeladenen oder naiven postkolonialen Welle mit, wie wir sie auch bei der „New Cultural Left“ der Vereinigten Staaten beobachten. Nun wird sich der am 28. November zusammentretende Beirat nur noch ex post facto mit der Sprachenfrage und einer weiteren einschneidenden Entscheidung befassen können, die der Titel der neuen Zeitschrift aufwirft – die inzwischen im Netz heftig umstrittene fatale Einengung auf das zeitgenössische Japan, die den Vorschlag nach sich zog, eine zweite Fachzeitschrift zu gründen, „die eher historisch-hermeneutischen Aspekten gewidmet ist, um damit einer fachinternen Differenzierung gerecht zu werden“. Mit „Contemporary Japan“ hat sich das Deutsche Institut für Japanstudien sowohl von seiner Geschichte als auch seinem bisherigen Profil als multidisziplinäres Forschungsinstitut verabschiedet.

Über die schwierige Sprachenfrage lässt sich reden, wenn der Wille zur Kommunikation auf beiden Seiten vorhanden ist. Nicht diskutieren läßt sich aber über das erwähnte Vorgehen. Ein Direktor, der Entscheidungen von erheblicher Tragweite im Bereich von Wissenschaft und Wissenschaftspolitik ohne vorherige Diskussion mit seinem wissenschaftlichen Beirat fällt und der sich nicht einmal verpflichtet fühlt, in einem monatelang währenden Streit gegenüber der Fachwelt Stellung zu beziehen und Auskunft zu geben, spaltet. Die von ihm zu verantwortende Vergiftung der Atmosphäre in der Japanologie ist besorgniserregend. Dem Ruf der deutschen Japanforschung hat dieses Verhalten im Gastland jedenfalls schon jetzt ebenso geschadet wie dem Ansehen des Deutschen Instituts für Japanstudien. IRMELA HIJUYA-KIRSCHNEREIT